№ 300 Abend-Ausgabe Berlin Mittwoch, 27. Juni 1923
B 148

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

500 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Abwehr im Rheinland.

Die Behörden verwalt / Keine Eisenbahn, keine Straßenbahn, kein Telephon, kein Telegraph. Die Presse geknebelt / Wem nützt die Sabotage? Die Politik des Zentrums / Das Währungselend.

Von
Hugo Boesen.
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Köln**, 25. Juni.

„Groß ist unsere Not! Aber noch größer ist unsere unwandelbare Treue zu unserer deutschen Heimat und zum Deutschen Reich." Dieses Bekenntnis aus einem kurz vor dem Ruhreinbruch veröffentlichten Aufruf der rheinischen politischen Parteien kennzeichnet noch wie vor in schlichter Monumentalität die Lage in den Rheinlanden. Eine Rheinlandfrage, wie das Ausland sie aufsatzt, gibt es nicht. Die Wucht, mit der Regierung und politische Führerschaft diese ihre Ueberzeugung immer wieder betonen, entspricht durchaus der wahrhaft europäischen Bedeutung eines bestimmten Rheinlands, das in der Stunde wiedergeboren wird, wo die Haß säenden und eine Irredenta von nie dagewesenem Umfang heraufbeschwörenden Machtpolitiker ihre Rolle ausgespielt haben. In Erwartung dieser Stunde trägt das Rheinland in Treuen die Not eines zähen und unerbittlichen Verteidigungskampfes.

Dieser seit bald fünf Jahren getragene Kampf war nicht immer heroisch: es fehlen ihm auch heute noch die großen Gesten; nationalistischer Ueberschwang ist dem Rheinländer fremd. Liegt es hieran, daß im unbesetzten Deutschland gewisse erschwerende Umstände und Eigentümlichkeiten des Abwehrkampfes im altbesetzten Gebiet oft verkannt werden? Es ist notwendig, sich einmal in aller Offenheit klarzumachen, daß die Absicht der Franzosen, durch geistige Blockade, Verkehrsdrosselung, Dezimierung der Verwaltung, Ausweisungen führender Persönlichkeiten die Einflußnahme auf die Bevölkerung in deutschem Sinne zu erschweren, im Rheinland weitgehend verwirklicht worden ist. Einige Beispiele mögen das illustrieren:

Von den 29 höheren Verwaltungsbeamten der Wiesbadener Regierung sind zurzeit noch sechs vorhanden! Zwanzig sind ausgewiesen, drei sonst verhindert. Von den 26 höheren technischen Beamten sind noch 11 im Dienst, 14 ausgewiesen, einer ist verhindert. Von dem höheren Verwaltungsstab der Wiesbadener Regierung schieden also rund 70 v. H. aus! Bei den Obersekretären ist das Verhältnis ähnlich. In der Trierer Regierung sind 40 v. H. der Oberbeamten ausgewiesen. Im ganzen Lande ist das Verhältnis ähnlich. In der Trierer Regierung sind 40 v. H. der Oberbeamten ausgewiesen. Im ganzen Lande ist das Verhältnis ähnlich. In der Trierer Regierung sind 40 v. H. der Oberbeamten ausgewiesen. Im Regierungsbezirk Trier gibt es keinen einzigen Landrat mehr, im gleichen Bezirk sind von neun Kreissekretären sechs ausgewiesen. Aehnliches gilt für das ganze altbesetzte Gebiet.

Diese erschütternden Ziffern gewinnen erst volle Bedeutung, wenn man die geographischen Verhältnisse, den Flächenraum des altbesetzten Gebietes berücksichtigt und einmal mit dem Ruhrgebiet vergleicht. Hier ein abgerundeter dichtbesiedelter Bezirk mit engmaschigem Straßenbahnnetz, wo, selbst wenn alle Räder stillstehen, der Nachbar nur dem Nachbarn die Hand hinzustrecken braucht, um über das ganze Ruhrgebiet Verständigung herzustellen. Dort aber ein gestrecktes Land, 300 Kilometer lang in der Luftlinie von Cleve bis Saarbrücken, von Gebirgen und Hochflächen unterbrochen, mit einer Bevölkerungsdichte, die z. B. in den wichtigen Bezirken Koblenz und Trier nur ein Fünftel der Bevölkerungsdichte des Ruhrgebiet erreicht, zurzeit so gut wie ohne Eisenbahnen, ohne Straßenbahn, mit Verkehrsverhältnissen, deren Mittelalterlichkeit grotesk wirkt, in großen Städten (mit wichtigen Umschlagsämtern für weite Bezirke) ohne Telephon und Telegraph, vielerorts ohne Postverbindung.

Dazu kommt die Abschnürung des besetzten vom unbesetzten Deutschland. Der Rhein nördlich des Ruhrbeckens und südlich von Mainz, die Absperrung zwischen Ruhrgrenze und Mainz quer durch Taunus, Westerwald, Siebengebirge und Bergisches Land, sie bilden in der Tat einen Grenzgraben, den Franzosen und Belgier mit allen Mitteln zu vertiefen sich bemühen. Die wenigen durch die Absperrung führenden Verkehrsstraßen unterliegen schärfster Kontrolle. Ohne Erlaubnis der Franzosen geht keine Ware hinaus, kommt keine Person herein.

An diesem Graben hört heute für den Rheinländer (den Bewohner der englischen Zone ausgenommen) in des Wortes erfster Bedeutung die Weltgeschichte auf. Keine große deutsche Zeitung kommt ihm zu Gesicht. Soweit die linksrheinische Presse nicht gerade verboten ist, kann sie Nachrichten nur im dürftigen Generalanzeigerstil bringen und nur mit vorsichtigster Auswahl. Die politische Verarbeitung des Nachrichtenstoffes hat seit Monaten aufgehört. Was das für die Oeffentlichkeit bedeutet, die ihre politische Orientierung aus der Zeitung zu beziehen gewohnt ist, kann man gar nicht zu grell ausmalen. An die Stelle eines klaren politischen Wachbewußtseins tritt, im Guten wie im Schlimmen, die Sphäre der Instinkte, der Befürchtungen, des Glaubens und Aberglaubens an Gerüchte solcher Art, etwa über die Reichsregierung und ihre Absichten mit dem Rheinland oder über die Rheinische Republik. Gerüchte, die von der französischen Propaganda eifrig genährt werden, die in Verbindung mit dem Separatisten das Land mit Hunderttausenden von Flugblättern und Propagandazeitungen überschwemmt. Die französischen Kreisdelegierten spielen sich als Landratsersatz auf, besuchen die Bürgermeistereien, unterhalten sich mit den heranbefohlenen Ortseingesessenen über ihre Wünsche. Gewiß wird von deutscher Seite diesen Methoden entgegengearbeitet. Aber nur ein Beispiel für unsere Schwierigkeiten: Eine Koblenzer Zeitung, die einen Ableger nach Simmern auf dem Hunsrück liefert, bringt so das ihr selbst auf Umwegen zugehende Nachrichtenmaterial vier Tage nach seinem Erscheinen in Berlin in die Hand der Hunsrückbauern!

Mit nichten ist aus diesen seelischen Zermürbungsversuchen etwa zu schließen, daß die Haltung der Bevölkerung labil geworden wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Wie mannhaft die Eisenbahnerschaft und die Beamtenschaft aller Zweige jede Zusammenarbeit mit den Franzosen ablehnt, bestätigt sich täglich neu. Von rund 16 500 Beamten, Angestellten und Arbeitern des Eisenbahndirektionsbezirks Trier haben bis jetzt nur 84 dem französischen „Befehl" zur Aufnahme der Arbeit Folge geleistet. Das erwerbstätige Bürgertum, dessen gedrückte Lage aus der Unmöglichkeit transrheinischer Transporte von jedem Unvoreingenommenen verstanden wird, das manchenorts infolge Fehlens jeder Handels- und Börsenberichterstattung Millionenverlusten ausgesetzt ist, denkt nicht an die Aufgabe des passiven Widerstandes, noch will es etwas von der Rheinischen Republik von Verbandsgnaden wissen. Die Ansichten über den passiven Widerstand, die der Verfasser auf einer Informationsreise durch das Rheinland von allen Kreisen der Bevölkerung gehört hat, zeugen von einer Art Schützengrabenstimmung, von geradezu insularer Starrheit, die selbst fatale Reaktionen auslösen müßte, wenn der passive Widerstand das Opfer eines Kompromisses würde, wenn Zugeständnisse gemacht würden, die in Frage stellten, wofür man nicht erst seit Monaten, wofür man seit Jahr und Tag gekämpft hat.

Aus den charakteristischen Besonderheiten der linksrheinischen Abwehrstellung muß aber die verständnisvolle Folgerung gezogen werden, daß die Bevölkerung des Rheinlandes nicht immer den gleichen, keinesfalls ebenso schweren Belastungsproben ausgesetzt werden darf wie die Ruhrbevölkerung, daß ferner alles vermieden wird, was Mißstimmung oder verborgenes Ressentiment gegen „Berlin" wecken könnte.

Man sollte meinen, daß in unserer auf Biegen oder Brechen eingestellten Lage bürokratisch-zentralistische Regelrechtigkeit und ressortmäßige Zuständigkeitshierarchie als die ungeeignetste Verwaltungsmethoden für die besetzten Gebiete empfunden würden. Wenn zum Beispiel die Erledigung einer Forderung Trierer Handwerker an die Reichsvermögensverwaltung von 80 Millionen Mark schätzungsweise vier Monate den Instanzenweg durchläuft, so interessiert uns an dieser Angelegenheit ebensowenig mehr die juristische wie die fiskalische Seite — wir stehen einfach vor einer politischen Dummheit. Wenn in Zeiten katastrophalen Marksturzes die Eisenbahner des besetzten Gebietes wochenlang auf Lohnerhöhung warten, so teilen sie dieses Schicksal zwar mit den vom Reich Lohn und Gehalt Empfangenden überhaupt, es kann aber nicht ausbleiben, daß die Eisenbahner die Langsamkeit ihrer Bewilligungs- und Auszahlungsmaschinerie vergleichen etwa mit der Geschwindigkeit der Anpassung der Löhne von Notstandsarbeitern oder der Unterstützung der Arbeitslosen, für die der ebenfalls zentral gesteuerte Mechanismus lokal viel nachgiebiger arbeitet. Man könnte die Beispiele häufen, auf Grund deren die Forderung berechtigt erscheint, daß für politisch bedeutsame Aufgaben geeignete

Der Kampf gegen die Markentwertung.

Die Ausführungsbestimmungen.

Der Reichswirtschaftsminister veröffentlicht heute „Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln zum Einheitskurs". Die Bestimmungen lauten:

§ 1.

In Fällen, in denen für ausländische Zahlungsmittel amtliche Kurse nicht notiert werden, können im Bedarfsfalle in der Presse regelmäßig Preise veröffentlicht werden, die von einem Ausschuß der Berliner Bedingungsgemeinschaft für den Wertpapierverkehr ermittelt werden. Diese Preise treten für Geschäfte in solchen Zahlungsmitteln an die Stelle der amtlichen Kurse im Sinne des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 22. Juni 1923 (Reichsgesetzbl. 1, S. 2 01). Die veröffentlichten Preise gelten bei Abschlüssen in diesen Zahlungsmitteln als Höchst- und Mindestpreise.

§ 2.

Ausländische Banknoten, Sorten und Papiergeld können auch über den in § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 22. Juni d. J. festgesetzten Höchstbetrag hinaus von Devisenbanken und Wechselstuben zu einem Preise unterhalb der letzten amtlichen Kurse oder der nach § 1 ermittelten Preise erworben werden.

§ 3.

Die Vorschriften der Verordnung finden auf Geschäfte, die mit der Devisenbeschaffungsstelle abgeschlossen werden, keine Anwendung."

Beckers Appell.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker richtete an den Reichsverband der deutschen Industrie, den Zentralverband des deutschen Großhandels, den Reichsverband des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels und den Deutschen Industrie- und Handelstag den folgenden Mahnruf:

„Die Devisenpolitik der Reichsregierung kann nur dann Erfolg haben, wenn die industriellen Betriebe und Handelsfirmen sich bei ihren Anforderungen an den Devisenmarkt, insbesondere zwecks Einkaufs ausländischer Rohstoffe und Waren die allergrößte Einschränkung auferlegen. In den Erörterungen über unsere Devisenlage leßt auch immer die Behauptung wieder, daß sowohl die Rohstoff- und Warenlager wie die Devisenbestände bei vielen Firmen über das unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. Solche Bestände jetzt für unsere Währungswirtschaft nutzbar zu machen, ist vaterländische Pflicht, angesichts der schweren Gefahren, die Reich und Wirtschaft bedrohen, wenn dem Verfall der deutschen Währung nicht Einhalt geboten werden kann. Ich richte an alle Kreise der deutschen Wirtschaft das dringende Ersuchen, die Reichsregierung nicht nur durch peinliche Befolgung der von ihr erlassenen Vorschriften, sondern auch durch freiwillige verständnisvolle Mitarbeit zu unterstützen. Die wirtschaftlichen Kreise werden sich bei allen geschäftlichen Maßnahmen, die irgend auf den Stand der Reichsmark Einfluß haben können, Rechenschaft darüber ablegen müssen, ob ihre Geschäfte dieser Art sachlich und zeitlich von solcher Dringlichkeit sind, daß ihre Durchführung im gegenwärtigen Zeitpunkt der Währungsnot gegenüber der deutschen Gemeinwirtschaft verantwortet werden kann. Ich würde es mit Dank anerkennen, wenn die maßgebenden Spitzenverbände in diesem Sinne auf ihre Mitglieder mit Nachdruck einwirken würden."

*

Der Dollarkurs wurde an der heutigen Börse mit 153 000 festgesetzt.

Keine Einigung in der Kuponfrage.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

jb **Lausanne**, 27. Juni.

Da die Pariser Instruktionen eine Einigung in der Kupons-Frage ausschließen, werden die Alliierten morgen allein verhandeln und nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, mit Ismed-Pascha. Ob England dem italienisch-französischen Vorschlag, den Türken einen gemeinsam von allen Alliierten redigierten Text vorzulegen, beitreten wird, ist noch unsicher. Am Abend besuchte Ismed-Pascha Sir Horace Rumbold und später Lord Creme. Von dieser zweistündigen Unterredung ist Ismed-Pascha anscheinend ohne Erfolg zurückgekehrt. Die Konferenz artet immer mehr in ein türkisch-französisches Duell aus, wobei England und Italien die Rolle der Sekundanten spielen. Die Entscheidung scheint unmittelbar bevorzustehen und könnte die letzte Allianzprobe bedeuten.

Die Verschleppung der Ruhr-Aussprache.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 27. Juni.

Die neue Abschwächung der Mark an der gestrigen Börse wird vom Handelsredakteur der „Daily News" zum Anlaß genommen, noch einmal zu betonen, mit welcher Besorgnis die Kreise der City die Verschleppung der Ruhr-Aussprache verfolgen. Da die City von der Regelung der Reparationsfrage in wenigen Monaten einen starken Aufschwung von Handel und Industrie erwartet, verlangt sie, daß mit der Herbeiführung einer Lösung Ernst gemacht werde.

*

Lord Curzon empfing gestern den deutschen Botschafter Dr. Sthamer zu längeren Besprechungen.